



Ausschuss für Kommunalpolitik

48. Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:00 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

1 PCB-Belastung in öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Kitas und Sporthallen **8**

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/1257
APr 16/280 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss kommt überein, zu dem Antrag Drucksache 16/1257 gegenüber dem federführenden Ausschuss kein Votum abzugeben.

2 Fairen Wettbewerb schaffen: Klare energiewirtschaftliche Regelungen bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze **10**

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4153

Der Antrag Drucksache 16/4153 wird mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten angenommen.

3 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz) 11

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380

Der Ausschuss verständigt sich darauf, gegenüber dem federführenden Ausschuss zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4380 kein Votum abzugeben.

4 Rücktrittsrecht für Bürgermeister und Landräte – Wie wird die Möglichkeit für gemeinsamen Kommunalwahltermin 2014 genutzt? 12

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1531

Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1531 ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5 Zensus 2011 – Kommunale Klagen gegen den Einwohnerschwund? 13

Bericht
der Landesregierung
Vorlagen 16/1447 und 16/1548

Der Ausschuss nimmt die Berichte der Landesregierung in den Vorlagen 16/1447 und 16/1548 nach kurzer Aussprache zur Kenntnis.

6 Steag-Deal ist rechtswidrig – Auswirkungen und Konsequenzen des Oebbecke-Gutachtens 15

Berichte
der Landesregierung
Vorlagen 16/1324 und 16/1415
Information 16/1334

In Verbindung mit:

Land muss umfassende Aufsicht über wirtschaftliche Betätigung von Kommunen in schwieriger Finanzlage garantieren

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4434

Der Ausschuss kommt überein, dass die Obleute am Rande des nächsten Plenums über die Durchführung einer Anhörung und deren Rahmen das Benehmen herstellen.

7 Vorgehensweise des Landrates Lippe beim Jobcenter Lippe 17

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1546

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1546 zur Kenntnis.

8 Landesregierung muss für kommunale Verteilungsgerechtigkeit bei den Bundesmitteln des Bildungs- und Teilhabepakets sorgen 19

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4158
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/1547

Der Ausschuss kommt überein, heute keine Entscheidung zu treffen. Über das weitere Vorgehen sollen sich die Obleute verständigen, sobald das in Auftrag gegebene Gutachten vorliegt.

9 Die Kommunalaufsicht muss konsequent tätig werden 21

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4579

Der Ausschuss kommt überein, dass die Obleute am Rande des nächsten Plenums über die Durchführung einer Anhörung und deren Rahmen das Benehmen herstellen.

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Immobilien- und Standortgemeinschaften 22

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4232

Der Ausschuss kommt auf Wunsch von SPD und CDU überein, sich an der vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr am 10. März 2014 vorgesehenen Anhörung pflichtig zu beteiligen.

11 Gesetz zur Neuregelung des Wohnungsaufsichtsrechts und zur Änderung einer wohnraumrechtlichen Vorschrift 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4379

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich an der vom federführenden Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr für den 18. Februar 2014 geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

12 Gesetz zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen 24

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4443

Der Ausschuss beschließt, sich an der vom federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und

Handwerk am 19. März 2014 geplanten Anhörung pflichtig zu beteiligen.

**13 Schulleitermangel an den Grundschulen in Nordrhein-Westfalen:
Landesregierung muss endlich handeln! 25**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4432

Der Ausschuss verständigt sich darauf, sich an der vom federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung für den 25. Juni 2014 terminierten Anhörung nachrichtlich zu beteiligen.

**14 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gewährung einer Zulage
für freiwillige, erhöhte wöchentliche Regelarbeitszeit im
feuerwehrtechnischen Dienst in NRW 26**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/4575
Stellungnahme 16/1324
Zuschrift 16/438

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innenausschuss mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten, den Gesetzentwurf Drucksache 16/4575 anzunehmen.

15 Verschiedenes 27

3 Zweites Gesetz zur Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens (Zweites Katastermodernisierungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/4380

Vorsitzender Christian Dahm teilt mit, der federführende Innenausschuss habe hierzu lediglich schriftliche Stellungnahmen unter anderem der kommunalen Spitzenverbände und des Bunds der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure erbeten. Der Innenausschuss plane seine Beratung am 6. Februar 2014 abzuschließen.

Michael Hübner (SPD) meint, dieses Gesetz werde in der Landschaft erwartet. Vor diesem Hintergrund erscheine es als ein gutes Verfahren, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Dieses Gesetz sei hilfreich und schaffe Rechtssicherheit.

Kai Abruszat (FDP) verweist darauf, die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure hätten in Stellungnahmen durchaus Kritik geäußert. Er empfehle, dass der federführende Ausschuss darüber in alleiniger Verantwortung befinden solle.

André Kuper (CDU) unterstützt den Vorschlag von Herrn Abruszat, weil der CDU-Fraktion massive Bedenken vom BDVI gegen einzelne Regelungen vorgetragen worden seien. Allerdings handele es sich um konstruktive Punkte, auf die im Einzelfall vielleicht eingegangen werden könne.

Michael Hübner (SPD) weist die Formulierung „massive Bedenken“ zurück, weil es gleichzeitig heiße es, sie erwarteten das Gesetz. Dem vorgeschlagenen Vorgehen, auf die Abgabe eines Votums gegenüber dem federführenden Ausschuss zu verzichten, könne seine Fraktion aber zustimmen.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, gegenüber dem federführenden Ausschuss zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/4380 kein Votum abzugeben.

